

Zeitenwende - Deutschland, die Bündnisse und Europa

Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaften in Köln; zahlreiche Veröffentlichungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, lebt als freier Journalist in Pulheim.

Die britische Kolonie auf den Bermudas ist ein traditionsreicher Ort westlicher Gipfeldiplomatie. Im Dezember 1953 trafen sich auf den Karibik-Inseln der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower und sein Außenminister John Foster Dulles mit den Spitzen der britischen und französischen Regierungen. Die Westmächte konferierten vertraulich, auch über die deutsche Wiederaufrüstung. In seinen Memoiren erwähnt Eisenhower die bekannte Skepsis der Franzosen in diesem Punkt, die von Briten und Amerikanern auf den Bermudas nicht geteilt worden sei.¹

Als die Archive geöffnet wurden, ergab sich ein anderes Bild. In der Karibik steckte der Westen einen gemeinsamen außenpolitischen Kurs für die Zukunft ab. Im britischen Mid-Ocean-Club herrschte Einvernehmen. Statt weiterer amerikanischer und britischer Truppen werde die Kernwaffe der Mittelpunkt einer starken westlichen Abschreckung gegen die Sowjetunion in Europa sein. Das würde den Steuerzahler entlasten und die amerikanische Führungsrolle festschreiben, dachten die Amerikaner. Die Briten drängten sogleich auf eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Atomwaffen, die Franzosen hängten sich an. Eisenhower versprach, den US-Kongress von einer Lockerung des Kontrollgesetzes über die Atomenergie zu überzeugen.

Die Amerikaner betonten, daß ein deutsches Verteidigungskontingent notwendig sei, um die sowjetische Überlegenheit in Europa auszugleichen. Das wiederaufgerüstete Deutschland müsse aber, da waren sich die Westmächte einig, über die deutsch-französische Kooperation eng in die europäische Gemeinschaft integriert werden. Denn es dürfe kein neuer „Pan-Germanismus“ entstehen (Dulles), es müsse verhindert werden, daß die Deutschen eines Tages wieder sagen könnten: „Wir einigen uns nur nach meinen Bedingungen“ (Eisenhower).²

Das auf den Bermudas im Dezember 1953 in einer Atmosphäre britischer Eleganz so genau skizzierte atlantische Zeitalter nähert sich nunmehr dem Ende. Der relative Abstieg der nach dem Zweiten Weltkrieg die Welt beherr-

1 D. D. Eisenhower, *The White House Years: Mandate for Change, 1953-1956*, Garden City/New York 1963, S. 243-246.

2 Zit. nach den Sitzungsprotokollen in *Foreign Relations of the United States 1952-54. Vol. V: Western European Affairs*, Pt. n, Washington D. C. 1984, S. 1770, 1783.

schenden Industriemacht Amerika, der Zerfall des Warschauer Pakts und das drohende Abgleiten des Sowjetkommunismus in Krise und Chaos, schließlich der neue Einfluß der Deutschen in Europa: All das markiert eine Zeitenwende. Die Zukunft ist für die politische Gestaltung jetzt offen, für die Deutschen erstmals seit 1945.

Das Ende der deutschen Kontrolle

„Wir wollen führen. Vielleicht werden sich die Vereinigten Staaten in einiger Zeit um Orte wie Zentralamerika kümmern, und wir werden uns mit Osteuropa befassen“ (Hoher Kanzlerberater)³

Das Gespenst heißt „Rapallo“, ein Ort an der italienischen Riviera, in dem 1922 eine deutsch-sowjetische Kooperation begann, die im Zweiten Weltkrieg endete. „Als Frontstaat der NATO hat Westdeutschland eindeutig ein weit dringenderes Interesse an der Beendigung des Kalten Kriegs in Europa als seine Verbündeten“, schrieb vor dem Jahreswechsel ein Verteidigungsberater aus dem Wahlkampfteam von George Bush. Das besondere Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR und zur Sowjetunion wecke „Ängste eines neuen Rapallo“. Um die Deutschen einzubinden, müsse nun die Europäische Gemeinschaft auch in der Sicherheitspolitik ausgebaut werden.⁴

Das atlantische Bündnis errichtete eine Kontrolle über die argwöhnisch beobachteten Deutschen. Auch die Einbeziehung der Bundesrepublik in „eine Art Vereinigter Staaten von Europa“, so Winston Churchill in seiner berühmten Zürcher Rede von 1946, sollte den Wiederaufstieg eines deutschen Militarismus verhindern.⁵ Es war der grundlegende Irrtum Konrad Adenauers, schon durch die Integration in den Westen Souveränität und am Ende die deutsche Einheit wieder erlangen zu können. In der zweiten Hälfte der Ära Adenauer führte dies zu einigen Irrläufern, vor allem angesichts des verstoßenen Wunsches einiger Deutscher nach dem Besitz von Kernwaffen.

Die „Eindämmung“ der Deutschen funktionierte, bis sie unter der Kanzlerschaft Willy Brandts erfolgreich begannen, ohne Ausbruch aus dem Westen ihre gefürchteten Brücken zum Osten zu schlagen. Es blieb die Lebenslüge vieler Verbündeter, daß sie die deutsche Kontrolle auf ewig fortsetzen könnten. Mit der Vermittlerrolle zwischen Ost und West wuchs der Spielraum Bonns kontinuierlich, die Regierungen nach Adenauer blieben entschlossen, die in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs verlorene Souveränität wieder vollständig zu erlangen und die deutsche Teilung zu überwinden.

3 Anonym zit bei R Watson et al, Germany The New Superpower, in Newsweek (NW) 26 2 90, S 9

4 C Layne, Superpower Disengagement, in Foreign Policy No 77, Winter 1989/90, S 23,25,35,37

5 Es sei nämlich ein Europa, „von wo eine Serie schrecklicher nationalistischer Zwiste, welche von den teutonischen Nationen ausgelöst wurden, ausgegangen sind...Wir alle wissen, daß beide Weltkriege dem eitlen Wahn des neu geeinten Deutschland entsprungen sind, eine beherrschende Rolle in der Welt zu spielen Deutschland muß der Möglichkeit entkleidet werden, wieder aufzurüsten und einen neuen Aggressionskrieg auszulösen...Der erste Schritt bei der Neubildung der europäischen Familie muß ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland sein“ (W Churchill, Rede anlässlich eines Empfangs an der Züricher Universität, 19 9 46, dok in Keesings Archiv der Gegenwart 1946/47, S 871 f)

In Bonn war das alsbald unstrittig, nicht so im Westen. Niemand machte die Erweiterung deutschen Spielraums mehr zum Programm als Helmut Schmidt: Gegen die Krise der „detente“ zwischen den Supermächten hielt er die Deutschlandpolitik mit wirtschaftlicher Hilfe am Leben, aktivierte die politische Zusammenarbeit der Europäer, suchte schließlich den Weg zu einer deutsch-französischen Sicherheitspolitik. Streit mit dem US-Präsident Carter war die Folge, ein erster schwerer Streit über die Rolle der Deutschen.

Der lange verdeckte Konflikt über Rolle und Einfluß der Deutschen hat auch nach der vermeintlichen „Selbstüberschätzung“ Helmut Schmidts immer wieder Spannungen im westlichen Lager (und in der Bonner Koalition) hervorgerufen: über die Null-Lösung, die Stationierung neuer Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik und den Vorstoß von Bundeskanzler Kohl zur deutschen Einheit.⁶

George Bush hielt zunächst den Kurs seiner Vorgänger im Amt des amerikanischen Präsidenten. Als mit dem 9. November 1989 unerwartet die Berliner Mauer fiel, das Volk in der DDR und die Koalition in Bonn den Einigungsprozeß forcierten, reagierte Washington wie gewohnt. In seiner Berliner Rede vom 12. Dezember prägte US-Außenminister James Baker einen „new atlantism“: Ziel des Westens sei zwar die deutsche Selbstbestimmung in nationaler Einheit, aber dieses Deutschland müsse seine Verpflichtungen in der NATO weiter aufrechterhalten. Parallel sei der Prozeß der europäischen Integration zu stärken.⁷ Bakers Amtsvorgänger Alexander Haig assistierte sogar, die NATO werde der Garant einer demokratischen Umformung „vom Atlantik bis zum Ural“ sein, habe ihren Zweck also erst mit der Errichtung der Demokratie in der Sowjetunion erfüllt.⁸

Würde Moskau nicht sein Veto einlegen, wenn die DDR-Bevölkerung die SED verjagt, wenn die DDR aus dem Warschauer Pakt austritt und sich dem gegnerischen Militärbündnis anschließt? Der Bundeskanzler sagte damals zur Vorstellung der Bush-Administration: „Ich glaube nicht, daß es klug ist, solche Gedanken im jetzigen Stand der Diskussion zu äußern.“⁹

Als George Bush und Margaret Thatcher zu Ostern 1990 wieder einmal auf den Bermudas zusammentrafen, schien der Tiefpunkt erreicht. Deutschland sollte nicht nur in der NATO bleiben, sondern der als Ausweg von den Deutschen und den Sowjets entwickelte Gedanke einer Ausweitung der KSZE zu einem verteidigungspolitischen Forum wurde rundweg verworfen.¹⁰ Die briti-

6 Siehe meine Beiträge in den Gewerkschaftlichen Monatsheften Die euronukleare Supermacht und das Ende des atlantischen Zeitalters, 2/88, Ein neuer Doppelbeschluß, 4/89, Das nukleare Schamier der deutschen Frage, 12/89

7 Dok in U S Policy Information and Texts No , 154/89, S 35 44

8 A Haig, A Whole and Free Europe Must Be Anchored In the West, in International Herald Tribune (IHT) 19 1 90

9 Zit nach Deutscher Ostdienst 26 1 90

10 Auf ursprünglich sowjetische Initiative hin beraten in der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ seit Oktober 1973 alle NATO und WVO-Staaten einschließlich der meisten neutralen europäischen Länder über gemeinsame Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle, gegenseitigen Austausch und humanitäre Erleichterungen

sehe Premierministerin betonte sogar die Notwendigkeit weiterer Modernisierungen bei den Kernwaffen, wenn man auch über ihre Gesamtzahl nachdenken müsse. Aus Washington verlauteten Pläne zur Stationierung luftgestützter Atomraketen (TASM) auf Flugzeugen in Großbritannien und Deutschland. Das nukleare Scharnier der deutschen Frage war noch einmal verstärkt worden.

Kaum eine Woche später berichteten amerikanische Journalisten von Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten, denen zufolge London und Paris versuchten, die Sowjetunion gegen die deutsche Vereinigung aufzuwiegeln.¹¹ Vor seinem Juni-Gipfel mit Bush in Washington gab Michail Gorbatschow dem „Time-Magazine“ ein ausführliches Interview, in dem er unterstrich: „Es scheint mir manchmal, daß einige im Westen vortäuschen, hinsichtlich der Vereinigung enthusiastischer zu sein, als sie wirklich sind. Sie hoffen sogar, uns zu benutzen, um die Bremse bei der Vereinigung anzuziehen, so daß uns die Schuld zugeschoben wird und wir uns schließlich mit den Deutschen in die Haare kriegen.“¹²

Der transatlantische Umschwung

„Bei diesem Treffen mit sogenannten Intellektuellen in Washington nahm mich Gorbatschow beiseite, um mir zu sagen, daß eine Wegekarte für die Zukunft seine größte Sorge sei. Er hatte recht. Die Erschütterungen des letzten Jahres machen die Schaffung einer neuen Struktur der europäischen Sicherheit wichtig . . . Sie muß Amerikas neue Beziehung zu Europa definieren, zugleich der Sowjetunion eine ernstzunehmende Rolle in Europa zugestehen.“ (Henry Kissinger)¹³

Mitte Mai 1990 traf eine vom Bundeskanzler angeführte Delegation in Washington ein. Nach außen trugen Bush und Kohl zuversichtlich Harmonie zur Schau, hinter verschlossenen Türen ängstigten sie sich um den Fortgang der Rüstungskontrolle.¹⁴ Moskau hatte seinen letzten Trumpf ausgespielt. Angesichts der Differenzen zwischen der Sowjetunion und dem Westen über die Bedingungen der deutschen Einheit waren kurzerhand alle Abrüstungsgespräche eingefroren worden. In Wien bei der Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE) und in Genf bei der Verringerung der strategischen Kernwaffen der Supermächte (START) ging nichts mehr. Die Entspannung steckte in akuter Gefahr, auch Gorbatschow schien nicht mehr fest im Sattel. Nun ließ Bush den Deutschen freie Hand.

Seit dem März betonte Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Notwendigkeit, die KSZE durch Gründung von Institutionen (Außenministerrat und

11 Vgl Süddeutsche Zeitung (SZ) 23 4 90

12 Time 4 6 90, S 19f

13 H A Kissinger, A Plan for Europe, NW 18 6 90, S 14 Im November hatte er noch erklärt, daß der Westen darauf vorbereitet sein sollte, die „Erosion (der Sowjetunion) den Kräften der Geschichte zu überlassen“ (Ders, Living With the Inevitable, NW 4 12 89, S 25)

14 Vgl M E Süskmd, Die offenen und die heimlichen Botschaften an die Welt, SZ 19 5 90

Gipfeltreffen) fortzuentwickeln - ein einseitiges Angebot an die Sowjetunion!¹⁵ Die Sowjetunion muß sich nach dem Zerfall des Warschauer Pakts entweder nach Europa bewegen oder in Isolation zerfallen. Kaum aus Washington zurück, schlugen Kohl und Genscher vor: Gipfel- und Außenministertreffen, Ständiger Rat, Konfliktverhütungszentrum, enge Kontakte der Streitkräfte und ein Kommunikationssystem zwischen allen 35 Staaten der KSZE.¹⁶ Und hinsichtlich der NATO beruhigte der Außenminister alle, die noch zweifelten: „Der am 5. Juli bevorstehende NATO-Gipfel wird Antworten darauf geben, wie das Bündnis sich auf die Veränderungen in Europa einstellt.“¹⁷

Das Eis war gebrochen. Anfang Juni erklärten Bush und Kohl nach intensiver Beratung völlige Einigkeit über die bislang schwersten Hürden: Einstieg in Gespräche über den Abbau nuklearer Kurzstreckensysteme in Europa (SNF), keinerlei Stationierung von NATO-Verbänden im deutschen Osten und Institutionalisierung der KSZE. Nur drei Tage später erzielten der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse und sein amerikanischer Amtskollege Baker den „Durchbruch“ in der Rüstungskontrolle, es wurden erhebliche Fortschritte bei START und der schrittweisen Abschaffung der C-Waffen erreicht. Die vom NATO-Rat am 6. Juli verabschiedete Londoner Erklärung hielt, was Genscher von ihr versprochen hatte.

„Die letzten sechs Monate haben uns gezeigt, wer unsere Freunde sind und wer nicht wirklich unsere Freunde sind“, hatte Mitte Mai ein Mitglied der Kohl-Delegation in Washington geflüstert.¹⁸ Die Franzosen als Schoßhunde der Deutschen, Kohl als Karikatur Hitlers, die EG-Kommission gar als Reichskanzlei: Das nach der Londoner Erklärung offenbar als Störmanöver inszenierte Skandalinterview des britischen Handelsministers Nicholas Ridley im konservativen Intelligenzblatt „The Spectator“ konnte den Umschwung nicht mehr bremsen. Dem „Bauchredner“ der britischen Premierministerin¹⁹ gelang es nicht, neuen Streit zu stiften.

Wie schon vor Bakers Dezemberrede erwies sich Kissinger Mitte Juni erneut als inoffizieller Regierungssprecher der Bush-Administration. Die NATO stehe nicht zur Disposition, sondern sie selber soll der politische Vorreiter eines neuen europäischen Sicherheitssystems werden, in Kooperation mit der Sowjetunion und der EG. Die atlantische Allianz bleibe das sicherheitspolitische Kerninstrument des Westens, werde sich aber politisch grundlegend wandeln.²⁰ Der von Bush reklamierte Status der USA als „einer europäischen Macht, nicht bloß einer europäischen Präsenz“²¹ wäre gesichert.

15 H. D. Genscher, Rede vor der WEU-Versammlung, Luxemburg, 23. 3. 90, in: Bulletin (BT) 40/90, S. 313.

16 Ders., Rede auf der Abrüstungskonferenz der IPU, Bonn, 21. 5. 90, BT 65/90, S. 555 f.; H. Kohl, ebda, 25.5.90, BT 68/90, S. 586-589.

17 Genscher, ebd., S. 555.

18 Anonym zitiert bei J. Fitchett, Bonn-Washington-Warming, IHT14.5. 90.

19 So die Charakterisierung Ridleys durch Paddy Ashdown, Vorsitzender der Sozialliberalen Partei, BBC-Interview, 12. 7. 90, nach: Bundespresseamt-Kommentarübersicht I, Nr. 132/90, S. 6.

20 Vgl. Anm. 13, S. 22-24.

21 So das Ziel nach anonym zitiertem Präsidentenberater bei J. Hoagland, The Deal On Germany is Beginning to close, IHT 3.7.90.

Der Durchbruch im Kaukasus

„Seht den Helden der Eroberung“ (The Times über Helmut Kohl)²²

Die Kontinuität der Ostpolitik seit Willy Brandt ist das Ergebnis einer klaren Interessenlage der Bundesrepublik im Rahmen ihrer zahlreichen äußeren Zwänge gewesen. An seiner Ablehnung der Ostpolitik ließ der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl keinen Zweifel, als er 1976 in den Wahlkampf zog. Helmut Kohl schrieb in seiner schönsten Attacke, die Entspannung mit dem Osten habe „falsche Hoffnungen geweckt“, da die Sowjets nur ihre eigenen Interessen verfolgten. „Die sowjetischen Führer haben konsequent danach gehandelt, und nur ein politischer Narr konnte jemals glauben, daß sie anders handeln würden, daß sie gar unsere Interessen, die Interessen des Westens respektieren würden.“²³ Einmal im ersehnten Amt, mußte Kohl bald erkennen, daß ihm im Kreml nicht nur ein neuer Goebbels gegenüber saß.

„Ich habe halt Fortune gehabt“, bekannte der Kanzler auf dem Rückflug aus der Sowjetunion beim Champagner mit den Journalisten.²⁴ Hinter ihm lag die in ihrer Reichweite überraschende deutsch-sowjetische Einigung vom 16. Juli 1990. Gorbatschow hatte Hindernisse für die deutsche Einheit beiseite geräumt. Dem vereinten Deutschland wurde die volle Souveränität auch in der Außenpolitik und einschließlich Berlins erteilt. „Damit haben wir nie und nimmer gerechnet.“²⁵ Des Kanzlers Zugeständnisse gingen hingegen nicht weit über das schon zuvor Angebotene hinaus:

1. Bis zum vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen (spätestens 1995) wird die integrierte NATO-Struktur nicht auf den deutschen Osten ausgedehnt. Auch danach bleiben ausländische Truppen und alle nuklearfähigen Trägersysteme dort ausgeschlossen.

2. Bis zum Abzug dürfen die deutschen Streitkräfte in der heutigen DDR nur eine Territorialverteidigung errichten, das heißt die Truppen unterstehen nicht dem integrierten NATO-Kommando und beschränken sich auf die „Heimatverteidigung“ (Logistik, Sanitätswesen, Panzer- und Luftabwehr, wenige Offensivverbände). Die Beistandsverpflichtung des NATO-Vertrags gilt hingegen sofort.

3. Bis zum Abzug sind die deutschen Streitkräfte auf 370000 Mann zu verringern, und es wird ein Verzicht auf „Herstellung, Besitz und Verfügung“ über ABC-Waffen geleistet.

4. Über die bereits zugesagten finanziellen Verpflichtungen hinaus,²⁶ wird nach der deutschen Einheit ein umfassender Kooperationsvertrag geschlossen, der die „gemeinsame Philosophie“ zur dauerhaften und friedlichen Entwicklung Europas ausdrücken soll (Kohl).²⁷

Die von Schewardnadse und Genscher in einer langen Nacht ausformulierten Zugeständnisse lassen sich auf eine knappe Formel bringen: Bonn verpflichtet

²² Überschrift des Leitartikels zur deutsch-sowjetischen Einigung, The Times 17 7 90, S 15

²³ H Kohl, Außen- und Ostpolitik aus einem Guß, in Deutsches Monats-Magazin I-D776, S 7f

²⁴ Zit nach O Mau, Das gewaltige Gefühl der Erleichterung, SZ 18 7 90

²⁵ Kanzlerberater Teltschik laut Der Spiegel (DSp) 30/90, S 20

²⁶ Übernahme der Stationierungskosten für die sowjetischen Truppen in Deutschland, Burgschaft für einen 5-Mrd -Kredit, Bau von 50000 Wohnungen in der UdSSR

²⁷ H Kohl, Erklärung vor der Bundespressekonferenz, Bonn, 18 7 90, BT 93/90, S 802

sich auf umfangreiche Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion und den Einstieg in die Denuklearisierung des deutschen Gebiets, Moskau gibt dafür mit der sowjetischen Stationierung und den alliierten Vorbehaltsrechten alle Trümpfe aus der Hand. Alles zusammen wird in den Aufbau eines gemeinsamen Europa unter dem Dach der KSZE eingebracht.

Die sicherheitspolitische Bedeutung von NATO, KSZE und EG in der Zukunft ist offen. Washington, Moskau und Berlin stellen die wichtigsten Figuren in einem neuen Spiel. Mit dem Durchbruch im Kaukasus war Helmut Kohl zugleich der wichtigste Verbündete Gorbatschows geworden, weil Kohl nach der deutschen Vereinigung die Bringschuld zur Fortentwicklung der KSZE trägt. Der kaukasische Durchbruch setzte auf die zukünftige Rolle der Deutschen in Europa. Den Ausschlag gab, so Gorbatschow in der Pressekonferenz des 16. Juli, die Londoner Erklärung des NATO-Rats und die beflissene Friedenspolitik der Deutschen nach 1945. Die Blöcke würden nun aufeinander zugehen und eine gemeinsame europäische Sicherheit schaffen müssen. So hieß es schon im Juni 1990 in „Time“, die NATO sei Symbol des Kalten Kriegs und dürfe keine „führende Rolle beim Aufbau eines neuen Europa“ übernehmen, gemeinsame Strukturen der Sicherheit sollten anstatt der Bündnisse institutionalisiert werden.²⁸

Zukunftsentwürfe

„Die Vereinigten Staaten haben mit der Sowjetunion die Aussicht auf eine erheblich unbedeutendere Zukunftsrolle in Europa gemein . . . Wenn der Kalte Krieg vorüber ist, verlieren die Vereinigten Staaten die hiermit verbundenen Wirtschaftslasten und ebenso ihren ‚Supermacht‘-Status.“ (J. Kirkpatrick)²⁹

Die Sicherheitspolitik steht vor dem Anbruch einer neuen Zeit. Ausgangspunkt ist die Londoner Erklärung des NATO-Rats und die deutsch-sowjetische Einigung vom 16. Juli. Drei einander widersprechende Entwürfe sind bislang miteinander verwoben. Drei Entwürfe, die in der Zukunft voneinander getrennt werden müssen. Den Deutschen kommt hierbei erstmalig eine Schlüsselrolle zu.

1. Die Rapallo-Option

„(Jede Deutung ist falsch), die etwa dahin ginge, als wolle Deutschland einen Alleingang, eine zweiseitige Lösung mit Sowjetrußland überhaupt ins Auge fassen. Das ist nicht der Fall, und noch weniger, wenn das überhaupt zu sagen notwendig ist, gibt es einen Weg zurück nach Rapallo.“ (Bundeskanzler Ludwig Erhard, September 1964)³⁰

Schon die Große Koalition weichte Erhards Treueschwur wieder auf. „Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteu-

²⁸ Anm. 12, S. 19.

²⁹ J. J. Kirkpatrick, Beyond the Cold War, in: Foreign Affairs (FA) No. 1/90, S. 11 f.

³⁰ L. Erhard, Rede vor der Bundespressekonferenz angesichts des Chruschtschow-Besuchs, Bonn, 25. 9. 64, dok. in: Auswärtiges Amt (Hg.), Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 525.

ropa. Wir möchten diese Aufgabe auch in unserer Zeit gern erfüllen", hieß es in Kurt-Georg Kiesingers Regierungserklärung vom Dezember 1966. Dies schließe auch den Frieden mit der Sowjetunion ein, „obwohl unsere Beziehungen noch durch das ungelöste Problem der Wiedervereinigung unseres Volkes belastet wird.“³¹ Selbst diese Belastung fiel im Kaukasus weg.

Ein Bündnis der gemeinsamen Sicherheit unter dem Dach der KSZE soll nach sowjetischem Wunsch NATO und Warschauer Pakt ersetzen. Der Warschauer Pakt ist faktisch zerfallen, die sowjetische Invasionsfähigkeit endgültig passe. „Verschwindet die Bedrohung, dann kann auch die NATO ihr Leben aushauchen“.³² Die Idee einer kollektiven Sicherheit für Europa ist der klassische Gedanke bundesdeutscher Entspannungspolitik seit den fünfziger Jahren. Mit der deutschen Einheit wird aus deutscher Sicht der Kalte Krieg beendet. Die auf Konfrontation ausgerichteten Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt stünden folglich zur Auflösung frei.

In einer dann wieder zum Neuaufbau offenen Welt kann auf die alten Bindungen verzichtet werden. Für die westlichen Verbündeten in der NATO war aber die Überwindung der deutschen Teilung immer nur ein Existenzgrund unter mehreren für das atlantische Bündnis. Die Vorstellung, Deutschland könne sich im Zusammenspiel mit Moskau aus der Westbindung herauslösen, gar wie nach 1922 zwischen einem nicht mehr genau definierten Ost und West vagabundieren, bereitet im westlichen Ausland weiterhin schlaflose Nächte. Deutschland wäre in einer solchen Situation die wirtschaftliche, die Sowjetunion wäre die militärische Vormacht Europas. Instabilität wäre zwangsläufig die Folge, der britische Rückzug aus der EG garantiert.

Im Kaukasus schien der Anfang gemacht worden zu sein. Bush hatte dem Kanzler carte blanche erteilt. Und so ging Kohl in zumindest einem wichtigen Punkt über das mit dem Westen Abgesprochene hinaus³³: Es wird auch nach dem sowjetischen Abzug keinerlei Stationierung von Kernwaffen auf ostdeutschem Gebiet geben. Die amerikanische Führungsrolle im westlichen Lager beruht aber auf dem nuklearen Führungsanspruch der amerikanischen Supermacht in der NATO. Die gesamte Organisation der NATO baut im Kern auf dem Gedanken einer glaubwürdigen amerikanischen Nukleargarantie für Europa auf.

Während die britische und sowjetische Presse zum deutsch-sowjetischen Zusammenspiel im Kaukasus weitgehend schwieg, meldeten sich französische und amerikanische Kommentatoren sofort warnend zu Wort: Die NATO sei jetzt in Gefahr, das kaukasische Zusammenspiel ein erstes Beispiel dafür, daß die Zukunft des atlantischen Bündnisses „in den Händen des neuen Deutschland“ liege.³⁴ Auch Baker wurde vom Nuklearverzicht des Kanzlers auf dem

31 Ebd., S. 572 f.

32 Gen. a. D. G. Schmückle, „Moskau braucht neue Partner“, DSP 9/90, S. 34.

33 So die Darstellung eines anonym zitierten NATO-Diplomaten bei C. R. Whitney, For Both Sides, a Gamble on Loyalty and Commitment, IHT17. 7. 90.

34 P. Lellouche, NATO: Outlines of a Strange New (Already Endangered) Beast, IHT 19.7.90.

Flug zur nächsten 2+4-Runde in Paris überrascht. Dieser deutsche Alleingang sei eine „wichtige Markierung für die Zukunft“.³⁵ Angesichts dieser ersten Gehversuche mit der Rapallo-Option zog selbst ein alter Intimf ein Kohl den Hut: „Den Staatsmann Kohl wird man nicht mehr von der Landkarte tilgen können. Glückwunsch, Kanzler!“³⁶

Die KSZE zu einem Bündnis der kollektiven Sicherheit fortzuentwickeln, bedeutet die militärische Beistandsverpflichtung aller Mitglieder untereinander. Der Bündnisfall richtet sich dabei gegen jedwede Aggression, ob der Aggressor nun von außen angreift oder in Reihen der Bündnismitglieder selbst zu suchen ist. Mit einem nur nach außen gerichteten Regionalbündnis wie der NATO ist dies nicht vereinbar. Viele Ungewißheiten belasten das Experiment eines konsensfähigen Bündnisses unter dem Dach der KSZE: Es ist unbekannt, wie eine funktionierende militärische Organisation unter den 35 Staaten mit ihren teilweise gegenläufigen Interessen aufgebaut werden könnte. Wer sollte beispielsweise den Oberbefehlshaber stellen, welche Einsatzszenarien würden entworfen und wie groß wären die militärischen Beiträge der Mitgliedsstaaten?

Die deutsch-sowjetische Einigung schaffte allerdings für die Fortentwicklung der KSZE insofern Platz, als sie „die Logik unterläuft, die hinter der Aufrechterhaltung von NATO-Streitkräften auf europäischem Boden steht.“³⁷ Die massive Konzentration von NATO-Truppen in Mitteleuropa verliert nach dem sowjetischen Truppenabzug aus Osteuropa bis 1995 endgültig jede Begründung. Entsprechend der französischen³⁸ und britischen Absicht³⁹ zu einem weitgehenden Truppenrückzug aus Deutschland werden sich auch die Verbände der Niederländer, Belgier und Kanadier zurückziehen. Verringerungen der amerikanischen Truppen in Mitteleuropa über die mit der VKSE festzuschreibenden 195000 Mann hinaus werden im US-Kongreß täglich lauter diskutiert. Zudem stünde es einem souveränen Deutschland frei, auf der Auflösung der ausländischen Truppen zu bestehen. Die Auflösung der NATO zugunsten der KSZE würde dies unmittelbar erfordern.

Der im westlichen Ausland und in Osteuropa geforderten Einbindung Deutschlands kann eine solche Vision aber nicht gerecht werden. Die Angst vor Rapallo würde erneut geschürt. Denn die Rapallo-Option trifft ins Mark der gegenwärtigen Stabilität, weil sie mit der NATO die enge transatlantische Verbindung zwischen Westeuropa und den USA auflöst, obschon diese die europäische Sicherheit seit Jahrzehnten garantiert. Jede europäische Aggression gegen einen NATO-Mitgliedsstaat hätte unweigerlich die amerikanische Supermacht zum Gegner.

35 J. Hoagland, *Talks In the Caucasus: Just How Good Was the News*, ebd.

36 R. Augstein, *Kein Bismarck, kein Ribbentrop*, DSp 30/90, S. 19.

37 S. Sullivan, *Can Germany Be Contained?*, NW 20. 7. 90, S. 16.

38 Vgl. F. Mitterand, *TV-Ansprache zum französischen Nationalfeiertag*, nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) 16. 7. 90; DSp 30/90, S.103.

39 Vgl. das vom britischen Verteidigungsminister am 25.7.90 dem Unterhaus vorgestellten Programm „Options for Change“, *The Times* 26. 7. 90, FAZ 27. 7. 90.

Der Ausbau der KSZE ist nur in Ergänzung zur NATO möglich, weil sich ansonsten wichtige KSZE-Mitgliedsstaaten wie USA und Großbritannien unausweichlich verweigern würden. Die Fortentwicklung der KSZE beschreibt jedoch eine Notwendigkeit, die mangels Masse so bald nicht Realität werden wird. Als Kernelement einer Sicherheitspolitik von morgen scheidet sie damit aus. Ausschließlichkeit kann eine schrittweise, über längere Zeit zu verwirklichende Idee erst beanspruchen, wenn sie ihre Funktionsfähigkeit tatsächlich unter Beweis gestellt hat. Und zu einem schrittweisen Ausbau hat sich die NATO in ihrer Londoner Erklärung bereitgefunden.⁴⁰

2. Die Harmel-Option

„Ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität bilden die Grundlage für die Suche nach konstruktivem Dialog und Zusammenarbeit einschließlich der Rüstungskontrolle als Mittel zur Schaffung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa.“
(NATO-Rat, Mai 1989)⁴¹

Entspannungsbereitschaft auf der Grundlage militärischer Sicherheit, so lautet seit dem Harmel-Bericht vom Dezember 1967 die Stabilitätsgleichung der NATO. Es ist dies Kern der Antwort, die die Atlantische Allianz mit ihrer Londoner Erklärung vom Anfang Juli für die Zukunft vorgelegt hat. Die NATO soll ein militärisches Zweckbündnis bleiben, das in erster Linie der entschlossenen Abwehr militärischer Bedrohungen dient, sich zugleich für Rüstungskontrolle und Entspannung weiter öffnet.

Der nukleare Kern des westlichen Militärbündnisses würde dabei nicht berührt. Die amerikanische Nuklearstrategie ist solange nicht wandelbar, wie die Vereinigten Staaten als Weltmacht an jeden Brennpunkt der Erde ausreichende militärische Abwehrkräfte zum Schutz westlicher Interessen konzentrieren müssen. Ohne starke, auch offensiv verwendbare Streitkräfte kann dies nicht glaubwürdig geschehen.⁴² Die nukleare Schutzverpflichtung für Europa wiederum stellt die eigentliche Substanz des amerikanischen Führungsanspruchs im westlichen Lager dar. Auf diesen Führungsanspruch will Washington verständlicherweise nicht verzichten, und solange die europäische Sicherheitspolitik im Kern auf die amerikanische Schutzverpflichtung baut, muß sie dies natürlich akzeptieren.

Der NATO-Rat beabsichtigt eine Verdünnung der konventionellen Vorneverteidigung in Deutschland, dabei die Aufstellung kleinerer und mobilerer Einheiten. An der Stationierung nuklearer Kräfte in Europa wird festgehalten, wobei die Rolle der Atomwaffen auf die des „letzten Rückgriffs“ verringert werden soll.⁴³ Das widerspricht dem westlichen Vorbehalt auf Ersteinsetzung von Kernwaffen nicht, sondern bezeichnet die schon von der Nuklearen

40 NATO-Rat, Kommunique der Tagung vom 5./6. 7. 90, London. Pte. 21 f., BT 90/90, S. 779.

41 Ders., Kommunique der Tagung vom 29/30. 5. 89, Brüssel, Pt. I. 7., BT 53/89, S. 465 f.

42 Die nukleare Kriegführungsstrategie der US-Streitkräfte wurde von 1985-89 sogar noch einmal radikalisiert, vgl. D. Ball/R. C. Toth, Revising the SIOP. Taking War-Fighting to Dangerous Extremes, in: International Security Spring 1990, S. 69-86.

43 Londoner Erklärung, Anm. 40, Pte. 14-18,20, S. 778 f.

Planungsgruppe im Mai unterstrichene Bedeutung der weiterreichenden, „substrategischen“ Systeme.⁴⁴ Eine Stationierung neuer Atomraketen auf Flugzeugen in Deutschland und Großbritannien (TASM) kalkuliert dies offen ein.

Die graduellen Abwandlungen der NATO-Strategie sind dabei an den Rüstungskontroll-Prozeß zurückgebunden. Der beschriebene Wandel soll erst eintreten, wenn mit den VKSE-Folgeverhandlungen und den SNF-Gesprächen beiderseitige Reduzierungen festgeschrieben sind.⁴⁵ Zeitlich könnte dies in etwa mit dem sowjetischen Truppenrückzug aus Ostdeutschland synchronisiert werden.

Mit der Harmel-Option verharret der Westen in der Philosophie, die die Entspannungspolitik der siebziger Jahre bestimmt hat. In der Sowjetunion ruft dies vor allem beim Militär und bei dem konservativen Flügel der KP Argwohn hervor. Angesichts der schon heute nicht mehr gegebenen sowjetischen Invasionsfähigkeit in Europa hält die westliche Allianz militärische Fähigkeiten aufrecht, die das zur Abschreckung ausreichende Maß bei weitem übersteigen. Dies birgt die Gefahr stärkerer Unruhe in der Sowjetunion, eines möglichen Scheiterns von Abrüstungsgesprächen und in der Folge weiterer Aufrüstungsmaßnahmen in sich. Jede nukleare Modernisierung enthält in der Zukunft Krisengefahr.

Das seit dem 16. Juli besondere Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion würde als erstes durch jede Klimaverschärfung belastet. Die Deutschen werden so NATO-intern zum schärfsten Gegner der Harmel-Option. Dem westlichen Steuerzahler und Wehrpflichtigen ist das hohe Niveau der transatlantischen Verteidigungsanstrengungen ohnehin kaum noch begreiflich zu machen. Die NATO schlittert in ein Akzeptanzproblem, das ein Bündnis demokratischer Staaten leicht auseinandertreiben könnte. Mangelnde Solidarität der Mitglieder schließlich bedeutet das Ende jeden militärischen Bündnisses. Der Zwang der NATO, sich an die veränderte Situation anzupassen, wird damit offenbar. Die Harmel-Option ist nicht mehr zeitgemäß.

Das gilt auch für die neue Bedrohungsfront, die regierungsnahen Experten glauben, am Horizont entdeckt zu haben:⁴⁶ eine Verlagerung der Sicherheitspolitik auf die Nord/Süd-Achse, um zukünftige Drohungen von Staaten der Dritten Welt abzuschrecken, die sich mit weitreichenden Trägersystemen für atomare beziehungsweise chemische Zuladung ausgerüstet haben. Natürlich würde dies nicht die Aufrechterhaltung eines Arsenal von vielen Tausenden Atomwaffen und von gewaltigen Landstreitkräften rechtfertigen. Zugleich erscheint die NATO zur Abschreckung solcher Drohungen aus mindestens zwei Gründen ungeeignet:

44 Vgl. Communiqué der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, Kananaskis, 10. 5. 90, BT 65/90 S. 559.

45 Londoner Erklärung, Pte. 12-14, 16-20, S. 778 f.

46 Siehe etwa T. Enders, Militärische Herausforderungen Europas in den neunziger Jahren, in: Europa-Archiv 10/90, S. 321-329.

- Die neue Bedrohungsfront ist ausdrücklich für unberechenbare Abenteuer wie den Libyer Muammar el-Khadhafi oder den Iraker Saddam Hussein gedacht. Die Wirksamkeit einer abschreckenden Drohung stellt aber auf das rationale Kalkül der Gegenseite ab, auf die Fähigkeit des möglichen Angreifers zu erkennen, daß die Kosten des Krieges dessen Nutzen eindeutig übersteigen. Die Abnutzungskriege Libyens im Tschad oder des Iraks mit dem Iran lassen ein solches Kalkül überhaupt nicht erkennen.

- Das zentrale Problem der Glaubwürdigkeit der Abschreckung, das für die NATO so alt ist wie die sowjetische Zweitschlagsfähigkeit gegenüber dem amerikanischen Kontinent, stellt sich in Konflikten mit der Dritten Welt in besonderem Maße. Ist die Bedrohung geografisch nicht genau zu verorten (wie die sowjetische Bedrohung aus dem Osten für Mitteleuropa), läßt sich auch keine im Falle der Aggression automatisch einsetzende Kriegsmaschinerie aufbauen. Alle Schritte müßten zunächst im Kreise der politischen Führungen erörtert und anschließend zeitraubend mit militärischen Einsatzmöglichkeiten abgestimmt werden. Dazu bedarf es der heutigen militärischen Organisation der NATO nicht, völlig andere Modelle sind denkbar und zweckmäßiger.

3. Die politische Umgründung der NATO

"Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt konsequent eine Politik, die an die Stelle des Gleichgewichts des Schreckens eine Friedensordnung in diesem Kontinent setzen will." (Außenminister Willy Brandt, 1968)⁴⁷

„Warum man uns vertrauen kann“, zählte Theo Sommer einem internationalen Publikum auf: Weil eine demokratische Revolution die deutsche Einheit gebracht habe, die Deutschen in Frieden mit sich selbst und ihren Nachbarn lebten, die Wiedervereinigung an der ökonomischen Potenz der Deutschen zehren werde, die Deutschen der Motor der europäischen Einigung seien und loyal gegenüber der NATO blieben, schließlich sich auch die anderen Europäer im Guten gewandelt hätten.⁴⁸ Doch das internationale Publikum ist skeptisch - und setzt die Daumenschrauben an. US-Kernwaffen auf deutschem Boden seien auch in der Zukunft notwendig und sogar in deutschem Interesse, „um die anderen Mitglieder der NATO, die neutralen Staaten und die Regierungen Osteuropas abzusichern, daß das neue Deutschland keine langfristige Bedrohung darstellt.“⁴⁹

Die westliche Allianz garantiert dem Ausland die feste Einbindung Deutschlands und die enge Verbindung Europas zu Nordamerika. Das schließt den Weg nach Rapallo aus. Nun sahen die Deutschen in der Rapallo-Option gerade den Hintersinn, daß es ohne Auflösung der Blöcke keine weiteren Fortschritte bei der deutschen Einigung und keine wirkliche Beendigung des Kalten Kriegs geben könne. Mit der deutsch-sowjetischen Einigung vom 16. Juli wurde diese Erwartung widerlegt.

⁴⁷ W. Brandt, Rede auf der Konferenz der nicht-nuklearen Staaten, Genf, 3. 9. 68, dok. in Anm. 30, S. 647.

⁴⁸ T. Sommer, Why We Can Be Trusted, NW 9. 7. 90, S. 13.

⁴⁹ P. Tarnoff, America's New Special Relationship, FA Summer 1990, S. 73.

Zudem ist es dem NATO-Rat in der Londoner Erklärung gelungen, erstmals über die Harmel-Option hinauszudenken. Mit dem Ende des Kalten Kriegs verliert die ursprüngliche Zweckbestimmung des westlichen Bündnisses ihre Rechtfertigung. „Die atlantische Partnerschaft erwuchs aus der Furcht vor einer Aggression des totalitären sowjetischen Staates“.⁵⁰ An die Stelle der militärischen Zweckbestimmung könnte das überragende Prinzip aller westlichen Bündnisse treten: die gemeinsame Weitegemeinschaft von Freiheit und Demokratie, „die herausragendste geschichtliche Leistung des Westens“.⁵¹ Nicht die NATO ist der eigentliche „Sieger des Kalten Kriegs“,⁵² sondern die übergeordneten Werte offener Gesellschaften wie bürgerliche Freiheit und demokratische Ordnung sind es.

Der NATO bleibt als Aufgabe, in dieser übergeordneten Wertegemeinschaft ein sicherheitspolitisches Forum zu spielen. Hierzu müßte sie sich völlig neu definieren, ein allgemeines Angebot militärischen Schutzes für alle demokratischen Staaten darstellen. Die Londoner Erklärung begrüßte die jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa und „reicht ihnen die Hand zur Freundschaft“.⁵³ Die militärische Rolle der NATO würde dabei erheblich an Bedeutung einbüßen.

Aufgabe der NATO als dem sicherheitspolitischen Bündnis der Demokratie kann es nur noch sein, die eigenständige Außenpolitik demokratischer Staaten zu koordinieren und ihr militärischen Schutz zu gewähren. Einen Schutz, der sich unterschiedslos gegen jede Gewaltanwendung richtet, wie es die Art. 5 und 6 NATO-Vertrag dem Buchstaben nach vorsahen. Einen vorherbestimmten Gegner kennt dieses System nicht mehr. Die koordinierte Einsatzplanung gegen einen festgelegten Feind, wie ihn die Sowjetunion in der NATO-Planung allzeit dargestellt hat, würde nicht mehr stattfinden.

Angesichts der regionalen Sonderinteressen demokratischer Staaten muß das atlantische Bündnis dann den Aufbau zusätzlicher Foren westlicher Sicherheitspolitik zugestehen. In Europa wurde diese Entwicklung ebenfalls eingeleitet. Der Europäische Rat hat in Dublin erneut seine Absicht zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik der EG bekundet, wobei als Fragen noch die Übertragung nationaler Hoheitsrechte und die Gründung gemeinsamer Institutionen ausstünden.⁵⁴ Die Londoner Erklärung hat diese Entwicklung begrüßt und zugleich die Einrichtung diplomatischer Vertretungen der Staaten des Warschauer Pakts bei der NATO in Brüssel angeregt.⁵⁵

Die Initiative liegt einmal mehr in deutscher Hand. Die deutschen Streitkräfte könnten in den kommenden Jahren durch die weitgehende Auflösung

50 H. A. Kissinger, Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen, 28.5.87, dok. in: Information für die Truppe 12/87, S. 31.

51 Ebd., S. 28.

52 So etwa US-Botschafter Vernon Walters, Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 18.1.90, in: Amerika-Dienst 3/90, S. 3.

53 Pt. 4, S. 777.

54 Kommunique der Sitzung des Europarats, Dublin, 25/26. 6. 90. Pte. I. 3, Anl. 1.2, BT 84/90, S. 719.

55 Pte. 3 und 7, S. 777 f.

offensiver Einheiten (Kampfpanzer und Jagdbomber) jede Fähigkeit zu raumgreifender Offensive verlieren. Mit dem ABC-Verzicht im Kaukasus wurde zugleich die Denuklearisierung Deutschlands eingeleitet. Keine „Verfügung“ über Kernwaffen bedeutet über den Verzicht auf Herstellung und Besitz hinaus die Abschaffung aller noch vorhandenen nuklearfähigen Abschußsysteme der Bundeswehr, für die bislang Atomsprengköpfe unter US-Kontrolle im Bundesgebiet lagern. Nach Vollzug der Einheit sind die entsprechenden Systeme einseitig zu verschrotten und die Amerikaner zum Abzug der hierfür bereitgestellten Atomwaffen aufzufordern.

Anerkanntes Ziel der VKSE-Folgeverhandlungen ist, eine solche Struktur der Angriffsunfähigkeit auf ganz Europa auszuweiten. Die NATO könnte in diesem Rahmen auf eine multinationale Eingreiftruppe reduziert werden, weil andere militärische Aufgaben nicht mehr bestehen. Eine solche neue Bündnisverteidigung könnte „in der Tiefe des Raumes - nicht nur auf deutschem Boden - bereitgehalten werden; zum Beispiel als operative Gegenangriffs-Reserven“.⁵⁶ Es war eine richtige Weichenstellung, daß US-Verteidigungsminister Cheney am 22. Mai im Kreis seiner Kollegen die verstärkte Aufstellung multinationaler Verbände anbot, nach dem Zeugnis seines italienischen Amtskollegen Martinazolli unter „allgemeinem Beifall“.⁵⁷ Diese multinationalen Verbände können angesichts der neuen Lage nicht mehr gegen das gemeinsame Feindbild Sowjetunion operieren; ihre Konzentration in Deutschland entbehrt mit dem Ende der sowjetischen Invasionsfähigkeit der Begründung.

In einem zweiten Schritt gilt, „daß wir das niedrigste Niveau nuklearer Streitkräfte anstreben, das zur Kriegsverhütung erforderlich ist.“⁵⁸ Von Genscher und Kohl stammt gleichfalls die Festlegung auf eine Minimalabschreckung.⁵⁹ Werden Kernwaffen gemäß der Londoner Erklärung auf die Rolle des „letzten Rückgriffs“ beschränkt,⁶⁰ erübrigt sich die Formulierung einer gemeinsamen Einsatzstrategie. Es reicht, einen vernichtenden Schlag mit seegestützten Kernwaffen national anzudrohen, wenn ein überlegener Angriff auf einen der Verbündeten nicht mehr anders abgewehrt werden kann. Alle land- und luftgestützten Atomwaffen stehen also zur Disposition. Die Bush-Administration hat aus Angst vor einer dritten Null-Lösung bislang die Aufnahme von SNF-Gesprächen vermieden,⁶¹ mit dem Abschluß der VKSE können sie nicht mehr aufgeschoben werden. Eine Denuklearisierung Mitteleuropas Hegt damit in der Kompetenz des souveränen Deutschland.

Die dritte Option verschmilzt die alten Konzepte der Blockauflösung und der Entspannung zwischen den Blöcken zu einer völlig neuartigen Perspek-

⁵⁶ A. Dregger, Neue Sicherheitsstrukturen für Europa, in: Soldat und Technik 5/90, S. 316.

⁵⁷ FAZ 23.5.90.

⁵⁸ Londoner Erklärung, Pt. 15, S. 778.

⁵⁹ Genscher, Anm. 16, S. 556; Kohl, ebd., S. 585.

⁶⁰ Pt. 18, S. 778.

⁶¹ Vgl. W. J. Crowe, Statement of 3. 5. 89, U. S. Senate, Committee on Armed Services, DoD Authorization for Appropriations for FYs 90 and 91, Pt. I, Washington D. C. 1989, S. 56; D. Cheney, ebd., S. 57.

tive. Es ist die NATO selber, die sich als Kern eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems begreift, damit aber konsequente Schritte ihrer politischen Umformung hervorruft. Die parallele Fortentwicklung der KSZE, wie sie in der Londoner Erklärung vorgesehen ist, schafft dabei einen ausbaufähigen Rahmen. In ihn kann die NATO integriert werden, wenn die KSZE als kollektives Bündnis ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt hat.